

Zuwanderung aus Südosteuropa

2013 veröffentlichte der deutsche Städtetag ein (nicht unumstrittenes) Positionspapier „zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien“. Hintergrund war der verstärkte Zuzug von Menschen aus Südosteuropa „die in den neuen Beitrittsstaaten teilweise unter prekärsten Bedingungen leben und als EU-Bürgerinnen und Bürger aus nachvollziehbaren Gründen die Chance zu einer Verbesserung der eigenen Lebenssituation im übrigen Europa suchen“, so der Städtetag.

Einzelne Städte wie z.B. Dortmund oder Duisburg zeigen sich besonders betroffen - schnell waren „Müllprobleme“, „Lärmbelästigung“, „Schrottimobilien“, „steigende Einbruchszahlen“ oder „Bettlerbanden“ Begriffe, die - ob zu Recht oder Unrecht mit den Zuwander*innen verbunden - für sozialen Zündstoff in einzelnen Quartieren sorgten.

Gerade Stadtteilen, in denen bereits eine sozio-ökonomisch prekäre Situation vorherrscht, scheinen von der Zuwanderung betroffen - hier spielt allerdings die mediale Wahrnehmung eine entscheidende Rolle. Wie unser Erfahrungsbericht „Integrationshemmnis Beschäftigung“ (s.u.) und die Rezension von „Lokale Konflikte um Zuwanderung aus Südosteuropa“ (s.u.) zeigen, ist dies nicht so eindeutig.

Maßnahmen zur Stärkung der neuzuwandernden prekären Gruppen sind oft mit einer „Neiddebatte“ bei den „Einheimischen“ verbunden, die sich selbst marginalisiert fühlen. Die Anschlussfähigkeit an diskriminierende Diskurse ist so gegeben - insbesondere, wenn die neu kommenden Personen als „Roma“ wahrgenommen werden. Ob diese Zuschreibung stimmt, ob sich die Gruppen selbst so bezeichnen, ob die Kategorisierung sinnvoll ist oder nur zusätzlich stigmatisiert, tritt in der Debatte schnell in den Hintergrund.

Obwohl seit 2015 die Situation und Integration von Flüchtlingen virulenter zu sein scheint, stehen die verschiedensten Einrichtungen - Stadtverwaltungen, Schulen

Ibis Infodienst Integration 01/19

- Zuwanderung aus Südosteuropa S. 1
- Integrationshemmnis Beschäftigung? Ein Erfahrungsbericht, S. 1
- Ibis Rezension: Lokale Konflikte um Zuwanderung aus Südosteuropa, S. 3
- Ibis Rezension: Nirgendwo erwünscht, S. 3
- Ibis Workshop: Check-Up Armutsmigration, S. 4

und Kitas, Beratungsorganisationen, Unternehmen oder Bürgerinitiativen - nach wie vor vor der Herausforderung, wie und ob Südosteuropäer*innen, die im Herkunftsland diskriminiert wurden und/ oder bildungsbenachteiligt sind, gestärkt und Teil der Gesellschaft werden können. Neben einem Erfahrungsbericht aus unserer eigenen Arbeit als Ibis Institut möchten wir Ihnen zwei Veröffentlichungen vorstellen, die die Situation aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten sowie unseren Check-Up Armutsmigration.

Integrationshemmnis Beschäftigung?

Ein Erfahrungsbericht

Beschäftigung gilt gemeinhin als Schlüssel für die gesellschaftliche Integration von Migrant*innen. Dass sich Beschäftigung unter bestimmten Bedingungen jedoch auch als Integrationshemmnis erweisen kann, zeigt die Situation von Migrant*innen aus Südosteuropa in der nordwestdeutschen Kleinstadt Quakenbrück.

In der Gemeinde und in den angrenzenden Landkreisen konzentrieren sich zahlreiche Schlacht- und Fleischverarbeitungsbetriebe mit einem großen Arbeitsangebot, das vor allem Migrant*innen aus südosteuropäischen Ländern wie Rumänien und Bulgarien anlockt. Dies schlägt sich auch in der Bevölkerungsstruktur Quakenbrücks nieder. Mittlerweile stellen rumänische Staatsangehörige mit über 1100 Personen die größte Migrant*innengruppe in der Kleinstadt dar, die selbst nur knapp 13.000 Einwohner*innen zählt. Hinzu kommen mehrere hundert Migrant*innen aus anderen osteuropäischen Ländern wie Bulgarien, Polen, Ungarn und der Ukraine. Trotz der bedeutenden Anzahl ist

nur wenig über die Migrant*innen und ihre Lebensrealität in Quakenbrück bekannt. Ihr Alltag ist vor allem von der kräftezehrenden Beschäftigung in den Schlachtbetrieben – meist in Leiharbeit – bestimmt. Nicht selten leben sie zudem räumlich abgeschottet in Unterkünften für ausländische Werkvertragsarbeiter*innen.

Zwei Ibis-Mitarbeiterinnen vom Stadtteilbüro Neustadt in Quakenbrück (Gemeinwesenprojekt „Wir für die Neustadt“ & Quartiersmanagement Quakenbrück-Neustadt) haben sich im vergangenen Jahr auf den Weg gemacht, Licht ins Dunkle zu bringen. Mithilfe von aufsuchender Arbeit in einem mobilen Büro und aktivierenden Befragungen wurden gezielt Kontakte zu rumänischen und bulgarischen Bewohner*innen in der Neustadt aufgebaut. Es konnten wichtige Erkenntnisse in Bezug auf die Herausforderungen gewonnen werden, vor denen die Integrationsarbeit – sicherlich nicht nur in Quakenbrück – steht.

Zunächst fiel auf, dass es sich nicht wie häufig angenommen vor allem um männliche Arbeitnehmer handelt, die nur für einen überschaubaren Zeitraum nach Quakenbrück kommen, um zu arbeiten. Viele Migrant*innen scheinen ihre Zukunft nicht mehr im Herkunftsland zu sehen, sondern holen ihre Ehepartner*innen und Kinder nach. Auch KITAS und Schulen in Quakenbrück berichten seit einiger Zeit von einer Zunahme von Kindern und Jugendlichen rumänischer und bulgarischer Herkunft. Weiter wurde in den Gesprächen deutlich, dass viele Migrant*innen grundsätzlich eine hohe Motivation zur Integration besitzen, die Arbeitsbedingungen in den Betrieben eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aber kaum zulassen. Vor allem der erschwerte Zugang zum Spracherwerb sticht hier immer wieder ins Auge. Rumänischsprachige Vorarbeiter*innen im Betrieb, überwiegend rumänische Arbeitskolleg*innen und nicht zuletzt rumänische Mitbewohner*innen in den Unterkünften erschweren das Erlernen der deutschen Sprache im Alltag. Zudem machen es Vollzeitbeschäftigung, Schicht-

arbeit und niedrige Löhne nahezu unmöglich, einen Sprach- oder Integrationskurs zu besuchen. Denn Sprach- und Integrationskurse sind nicht nur sehr zeitaufwendig, sondern für EU-Migrant*innen (im Gegensatz z.B. zu Asylbewerber*innen) auch noch mit hohen finanziellen Kosten verbunden.

Immer wieder konnte zudem beobachtet werden, dass sich die Chancen für die Aufnahme einer qualifizierteren Beschäftigung außerhalb des Niedriglohnsektors selbst nach langjährigem Aufenthalt in Deutschland kaum verbessern, da aufgrund der spezifischen Arbeits- und Wohnsituation kaum Fortschritte beim Erlernen der deutschen Sprache erfolgen. Somit bleiben viele Migrant*innen, die im Herkunftsland eine Ausbildung absolviert oder gar einen akademischen Abschluss erworben haben, dauerhaft weit unter ihrer beruflichen Qualifikation beschäftigt.

Im Hinblick auf Familien mit dauerhafter Bleibeabsicht ist es wichtig, frühzeitig integrationsunterstützende Strukturen vor Ort zu schaffen. Dazu zählt vor allem die Einrichtung von bedarfsgerechten Sprachkursen, die sich mit den Arbeitszeiten vereinbaren lassen. Dies wäre ein wichtiger Anfang, um Migrant*innen den Schritt heraus, aus den prekären Beschäftigungsverhältnissen der Leihfirmen, zu erleichtern und ihr Potenzial besser ausschöpfen zu können. Sollte dies nicht gelingen, besteht nicht nur die Gefahr, dass die Migrant*innen aus Südosteuropa unsere Gesellschaft als Arbeitskräfte im Niedriglohnsektor dauerhaft unterschichten (ähnlich wie es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bei den sogenannten Gastarbeiter*innen der Fall war – die negativen Folgen waren bzw. sind noch über Generationen hinweg zu beobachten). Auch in Bezug auf das gesellschaftliche Zusammenleben besteht Konfliktpotenzial, sollte es nicht gelingen, die dauerhaft bleibenden Migrant*innen aus Südosteuropa nicht als billige Arbeitskräfte, sondern als Teil der Gesellschaft anzuerkennen. Dies würde bedeuten, ihnen eine gleichwertige Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen, einen Schritt auf sie zuzugehen und ihre Integration proaktiv zu gestalten. Denn wie es der Schriftsteller Max

Frisch bereits 1965 im Zuge der so genannten Gastarbeitermigration auf den Punkt brachte, *hat man Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen.*

Ibis Rezension: Lokale Konflikte um Zuwanderung aus Südosteuropa

Die im transcript Verlag veröffentlichte Feldstudie von Lars Geiges et al. thematisiert die lokalen Konflikte, die im Rahmen des Zuzugs von Menschen aus Südosteuropa entstehen und in denen die (Fremd-) Bezeichnung „Roma“ eine entscheidende Rolle spielt.

Insgesamt gelingt es den Autor*innen ein differenziertes Bild von Konflikten rund um das Thema Armutsmigration und damit einhergehenden Herausforderungen zu bieten. Dabei wird insbesondere beleuchtet, inwiefern die Zuschreibung „Roma“ als Chiffre verwendet wird, oft ohne wirkliches Hintergrundwissen der Akteur*innen vor Ort und eine stigmatisierende Wirkung entfaltet. Spannend ist dabei, dass nicht nur die „typischen“ Quartiere aus dem Ruhrgebiet untersucht werden, sondern auch das ländliche Oldenburger Münsterland.

Schlussfolgerung der Forscher*innen ist, dass die Konfliktverläufe je nach untersuchtem Quartier unterschiedliche Dynamiken haben.

So spielen gerade im Ruhrgebiet oder aber Berlin bereits vorher schwelende Konflikte eine entscheidende Rolle, indem „altes Konfliktpotenzial neu entfacht wird, sich auf diese Weise aufaddiert und mit dem neuen überlagert“, so der Tenor. Relevant seien hier Themen wie Strukturschwäche und soziale Benachteiligung. Gleichzeitig sei gerade in solchen Vierteln jedoch bereits eine „beachtlich ausgebaute Integrations- und Sozialhilfestruktur“ gegeben, die sich positiv auswirken könne - oder dazu führe, dass neue Konflikte nicht genügend analysiert und abgegrenzt werden. Deswegen sei gerade die deutliche Benennung und Abgrenzung von Konfliktsträngen in sol-

chen Quartieren entscheidend.

Vollkommen anders seien dagegen Konflikte, die im Rahmen der „Armutszuwanderung“ aus dem Nichts auftauchen, sog. „spontane Konflikte“. Gerade in eigentlich bürgerlichen Quartieren entfalte sich dementsprechend eine vollkommen andere Dynamik, die insbesondere von Aktivitäten von bürgerschaftlichen Initiativen geprägt seien. Hier mündeten die Konflikte dann in Verdrängungsszenarien wie z.B. Räumungen. Integrative Maßnahmen seien eher Ausnahmereischeinungen.

Es bestehe dabei eine große Ähnlichkeit zu „verdrängten Konflikten“ - hier gebe es jedoch ein „bewusstes Nichtverhältnis“ (z.B. durch strikte räumliche Trennung), so dass der Konflikt und damit einhergehende (Ausbeutungs-) Strukturen quasi unsichtbar bleiben und medial nicht erfasst werden - wie im Münsterland.

Neben den Unterschieden bezüglich der Konflikte, ihrer Dynamiken und Verläufe arbeiten die Forscher*innen jedoch auch die Ähnlichkeiten auf struktureller Ebene heraus, so z.B. die prekäre sozio-ökonomische Situation von Betroffenen und der Zusammenhang zur Artikulation des Konflikts (Stichwort Respektabilitätskämpfe) sowie der Frage nach Ökonomien der Ausgrenzung.

Geiges, Lars et al. (2017): „Lokale Konflikte um Zuwanderung aus Südosteuropa. „Roma“ zwischen Anerkennung und Ausgrenzung.“ transcript Verlag, Bielefeld.

Ibis Rezension: Nirgendwo erwünscht

Umfassend ist die Veröffentlichung „Nirgendwo erwünscht. Zur Armutsmigration aus Zentral- und Südosteuropa in die Länder der EU-15 unter besonderer Berücksichtigung von Angehörigen der Roma-Minderheiten“ von Max Matter, zuletzt bis 2016 Professor und Direktor des Instituts für Volkskunde der Universität Freiburg. Er beleuchtet die historische Entwicklung der Zuwanderung, die Situation nach der Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die EU in den Herkunftsländern wie auch in Deutschland und stellt die Maßnahmen der EU zur Integration der Roma ebenso

vor wie die Position der Bundesregierung. Dabei übersieht der Autor auch nicht die Rolle von Politik und Medien. Ausdrücklich versteht Matter seine Veröffentlichung als „Beitrag zur Versachlichung der Diskussion über die Zuwanderung aus Südosteuropa“.

Besonders spannend erscheinen zwei Kapitel. Unter „Steine des Anstoßes“ geht Mattes auf (vermeintlich) deviantes Verhalten ein - Müllprobleme, Lärm, Bettlerbanden, Schlepperwesen. Dabei gelingt es ihm, die Hintergründe für Verhaltensweisen ebenso herauszuarbeiten, wie angebliche „Wahrheiten“ ins rechte Licht zu rücken. Zahlreiche Expert*innen, die seit Jahren mit Roma Gemeinschaften zusammenarbeiten, kommen zu Wort und zeigen, dass es z.B. in Clans zwar „Ansehenshierarchien oder Abhängigkeiten“ gibt, die Legende vom reichen Clanchef oder „Zigeuerkönigen“ aber eben das sei - zumeist eine Legende. Stattdessen wird auf Netzwerke verwiesen, in denen oft Nicht-Roma das „große Geld mach(t)en“.

Im letzten Kapitel „Was bleibt zu tun“ zeigt Matter Empfehlungen auf. Insbesondere verweist er darauf, dass der EU-Handlungsrahmen durch eigene „koordinierte Maßnahmbündel“ unterfüttert werden müsse, denn: „Ob Integration von Roma gelingen kann, hängt von der Integrationskraft der Städte ab“, so der Tenor. Dementsprechend müsse ein umfassendes Hilfsprogramm für betroffene Städte initiiert werden, das einen „finanziellen Gestaltungsspielraum schafft“. Dabei gelte es, gerade auch die Organisationen der Roma und Sinti zu stärken und in diesen Prozess einzubeziehen. Daneben sei genauso wichtig, die Wahrnehmung in der Mehrheitsgesellschaft zu ändern - hier spielen die Medien mit ihrer Berichterstattung ebenso eine Rolle wie die Thematisierung und Bearbeitung antiziganistischer Bilder in den Köpfen der Menschen.

Matter, Max (2015): „Nirgendwo erwünscht. Zur Armutsmigration aus Zentral- und Südosteuropa in die Länder der EU-15 unter besonderer Berücksichtigung von Angehörigen der Roma-Minderheiten.“ Wochen-schau Verlag, Schwalbach.

Ibis Seminar: Check-Up Armutsmigration

Seit 2013 haben sich viele Kommunen, in die eine besonders von Armut motivierte Zuwanderung aus Südosteuropa stattgefunden hat, bereits mit den damit einhergehenden Herausforderungen auseinandergesetzt. Ansätze, Maßnahmen und Netzwerke wurden geschaffen, die die Neuzuwander*innen und die einheimische Bevölkerung unterstützen.

Im Rahmen eines eintägigen Check-Ups bietet Ibis an, gemeinsam mit Verwaltung und wichtigen Akteur*innen vor Ort den IST-Zustand zu beleuchten, um darauf aufbauend zu erarbeiten, welche künftigen Herausforderungen bestehen und wie ihnen begegnet werden kann.

Ablaufplan:

- Was haben wir bei den Herausforderungen der Armutsmigration erreicht?
- Wo sehen wir Probleme und Herausforderungen?
- Was würden wir gerne optimieren?
- Wie können diese Optimierungen aussehen?
- Was werden wir realisieren? Wie sieht hierfür ein (grober) Vorgehens- und Zeitplan aus?
- Wie ist der Stand in anderen, vergleichbaren Kommunen?

Es wird eine ca. fünfseitige Kurzanalyse auf Basis des Workshops erstellt, in der die integrative Arbeit der Kommune auch im Kontext der Erfahrungen und Erfolge anderer Kommunen verortet wird.

Impressum:

Ibis Institut für interdisziplinäre Beratung und interkulturelle Seminare
Bismarckstraße 120
47057 Duisburg

Kontakt: info@ibis-institut.de

Redaktion (in alphabetischer Reihenfolge):
Frank Jessen, Patricia Jessen, Judith Schandra, Mareike Schmidt, Stephanie Schoenen

Zur **Abmeldung** des Ibis Infodienstes Integration, klicken Sie bitte [hier...](#)